W1 Rechtsruck stoppen – jetzt erst recht!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.06.2024
Tagesordnungspunkt: W Rechtsruck stoppen - jetzt erst recht!

Antragstext

Es ist Rechtsruck.

Die politische Stimmung war in den letzten Wochen, vor allem vor den Europa- und den Kommunalwahlen, enorm aufgeheizt. Angriffe auf Politiker*innen und Aktivist*innen sind nur eins von vielen Symptomen des Rechtsrucks. Die Wahlergebnisse bestätigen das: Während das linke Lager herbe Verluste einstecken musste, haben konservative und rechte Parteien zulegen können - abgesehen davon, dass rechte Positionierungen inzwischen bis weit in die Mitte der politischen Parteienlandschaft übernommen werden.

Die AfD konnte trotz verschiedener Skandale kurz vor der Wahl - von Spionagevorwürfen bis zu Ermittlungen wegen Geldwäsche und Bestechlichkeit - ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 2019 deutlich verbessern. Besonders im Osten ist sie in fast allen Landkreisen Wahlsieger. Und auch das Bündnis Sahra Wagenknecht hat einen Erfolg zu verzeichnen: Aus dem Stand haben sie 6% bundesweit erreicht. Ihre Positionierung als Anti-Establishment-Partei scheint zu verfangen – auch wenn sowohl zahlreiche herablassende Äußerungen gegenüber Bürgergeldempfänger*innen als auch Anbiedern an die CDU und alles andere als Anti-Establishment sind.

Diese Entwicklung und der Rechtsruck sind nicht überraschend. Jahrzehnte neoliberaler Politik sind nicht ohne Folgen geblieben: Der Rückbau des Sozialstaats, etwa durch die Agenda 2010, der Rückgang der Tarifbindung und der Aufbau eines riesigen Niedriglohn-Sektors hat viele Menschen in die Prekarität und die Abstiegsangst getrieben. Auf diese ohnehin schon fragile Ausgangslage folgt im Moment eine Krise auf die nächste: Pandemie, Kriege, Energiekrise, Inflation, Wirtschaftskrise, Klimakrise. Auf viele dieser Krisen sind die Regierungen der letzten Jahre ausreichende Antworten schuldig geblieben.Die notwendige Antwort wäre eine Politik, die die Krisen konsequent angeht und gleichzeitig sicherstellt, dass alle Menschen während den enormen Transformationsprozessen keinen Abstieg zu befürchten haben. Stattdessen sind Reallohnverluste, steigende Lebenshaltungskosten und eine unsoziale Sparpolitik die Realität. Was daraus folgt, ist nur logisch: Ein riesiger Vertrauensverlust

in breiten Teilen der Bevölkerung.

Dieser Vertrauensverlust ist besonders im Osten bemerkbar. Viele Menschen haben während der Wendezeit enormen persönlichen Abstieg erlebt. Vier von fünf Ostdeutschen verloren in den Jahren nach der Wende ihren Job und bis heute sind im Osten die Löhne niedriger und der Anteil der Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor höher. In einer so fragilen, vereinzelten und enttäuschten Gesellschaft haben Rechte ein besonders leichtes Spiel. Geflüchtete müssen als Sündenböcke herhalten und wenn die eigene Lebensleistung abgewertet wird und keinen identitären Halt mehr bietet, tut es eben das Deutschsein. Gefühlte und reale Kontrollverluste in einer immer schnelleren, globalisierten und auf Konkurrenz ausgelegten Welt machen eine Rückkehr in einen früheren, „normalen“, stabilen Zustand attraktiv. Auch wenn es diesen so nie gab und die Vergangenheit auch nicht wieder herzustellen ist verfängt die Idee.

Alle zusammen einfach nur gegen Rechts?

In den letzten Jahren konnte man immer wieder verschiedene Strategien gegen Rechts beobachten, die gescheitert sind. Ob man Rechten entgegenkommt oder sie normalisiert - rechte Gesinnungen werden immer stärker gesellschaftlich verankert. Während in der Hoffnung, die asylpolitischen Debatten einfangen zu können, eine besonders restriktive Asylpolitik gefahren wird, geht diese Strategie offensichtlich nicht auf: Noch immer ist es für Rechte unfassbar leicht, das Thema Asyl für sich zu instrumentalisieren. Die AfD plakatiert mittlerweile „Das Original“ oder „Die AfD hält, was die CDU verspricht“ – ein bezeichnendes Bild.

Und auch die argumentative Konfrontation funktioniert nicht. Zum einen, weil die AfD etwa Talkshows rhetorisch immer wieder mit Whataboutism, Phrasenhopping und gezieltem Tabubruch arbeitet. Zum anderen funktionieren aber auch Hinweise auf ihr faktisch arbeiter*innenfeindliches Programm offensichtlich nicht, ist die AfD doch stärkste Kraft unter Arbeiter*innen geworden. Rechte Ideologie ist nicht auf das bessere Argument angewiesen, denn sie nährt sich in erster Linie aus Frust, Angst und persönlicher Kränkung. Gepaart mit oberflächlicher Rhetorik, die dazu geeignet ist, Menschen regelrecht zum Sieden zu bringen, stachelt sie auf und erzeugt so eine immense Sogkraft. Wer diesen Mechanismus mit Argumenten stoppen möchte, hat schon gegen ihn verloren. Auch deutlich zu machen, wie rechtsextrem die Partei wirklich ist, hilft nicht. Denn die meisten AfD-Wähler*innen wählen sie nicht trotz, sondern wegen ihrer rechten Positionen. Dieser unschönen Wahrheit müssen wir ins Auge sehen.

Die wohl prominenteste Gegenstrategie, die von den demokratischen Parteien sowie von weiten Teilen der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren propagiert wurde , ist das „Zusammenstehen aller Demokrat*innen”. Natürlich ist es gut, dass demokratische Parteien sich zumindest darauf einigen können, dass die AfD eine rechtsrextreme Partei ist und hier keinen Platz haben sollte. Bei den

Demonstrationen gegen Rechts konnten viele Menschen Kraft schöpfen und man kann nicht leugnen, dass der Rückgang der AfD-Umfragewerte im Februar auch darauf zurückzuführen ist. Leider hört der partei- und bewegungsübergreifende Konsens aber bereits beim „Gegen Rechts“-Sein auf. Anstatt also den Gründen für den Rechtsruck gemeinsam auf den Grund zu gehen und ein politisches Programm gegen sie zu entwickeln, wird nur mantraartig die eigene Opposition dagegen wiederholt. Leider ohne großen Effekt. Es entsteht der Eindruck, dass der Minimalkonsens der Demos eigentlich nur ist, den Status Quo gegen rechts zu verteidigen. Dabei bedeutet dieser Status Quo für die allermeisten Menschen vor allem materielle Sorgen, Zukunftsangst und Frust.

In den letzten Monaten nehmen immer mehr Politiker*innen Tik Tok als Grund für den Rechtsruck ins Visier. Fest steht: Diese Plattform ist ein idealer Schallverstärker für die emotionalisierenden Botschaften der AfD. Dass diese Botschaften verfangen, ist allerdings nicht primär die Schuld der Plattform. Obwohl es natürlich richtig ist auf Tik Tok präsent zu sein, um gerade eine junge Zielgruppe zu erreichen, deren Lebensrealität sich zu großen Teilen dort abspielt, ist es vermessen zu glauben, dass sich der Rechtsruck mit besseren Erklär- oder Tanzvideos auf Tik Tok aufhalten lässt.

Unsere Strategien gegen Rechts

Klar ist: Wer den Rechtsruck wirklich stoppen will, muss sich ein ernst gemeintes, klares Bild davon machen, woher er kommt, und was das Angebot von Rechten für immer mehr Menschen attraktiv macht. Uns ist klar, dass sich die Ursachen des Rechtsrucks nicht alleine mit ein paar sozialpolitischen Schönheitskorrekturen, beheben lassen und trotzdem gibt es im Hier und Jetzt vieles, was Rechten den Wind aus den Segeln nimmt. Wir wissen, dass Sparpolitik Rechten in die Karten spielt. Statt einem weiteren Sparhaushalt braucht es die längst überfällige Abschaffung der Schuldenbremse, ein milliardenschweres Investitionsprogramm und eine gerechte Vermögensbesteuerung. Gerade in Krisenzeiten spitzen sich Verteilungskonflikte immer stärker zu. Sie verlaufen zwischen oben und unten, werden aber von Rechts als Konflikte zwischen innen und außen, zwischen „Deutschen“ und Geflüchteten, bespielt. Verteilungskonflikte den Rechten zu überlassen, ist brandgefährlich.

Viele Menschen suchen eine Alternative zur etablierten Politik, die sie teilweise über Jahrzehnte enttäuscht und zurückgelassen hat. In unserer Generation zeigt sich diese Suche konkret in der Wahl der AfD und BSW, aber auch verschiedenster Kleinstparteien. Die Notwendigkeit einer neuen Politik, die es im Gegensatz zu etablierten Parteien ernst meint mit der konkreten Verbesserung des eigenen Lebens, die einen Fokus auf soziale Sicherheit, Gerechtigkeit, sozialen Klimaschutz und den Schutz von Menschenrechten legt,, wird immer deutlicher. Die Aufgabe jeder linken Kraft ist es jetzt, genau diese Politik zu entwickeln und glaubwürdig zu vertreten. Zentral ist dafür, sich auf Augenhöhe mit den Menschen, für die man Politik macht, zu begeben, und ihnen wirklich

zuzuhören. Leere Wahlversprechen sorgen nur für noch mehr Enttäuschung – stattdessen muss langfristig und über stetige Arbeit vor Ort Vertrauen aufgebaut werden. Nur über diese Präsenz im Alltag lässt sich eine neue Solidarität aufbauen, die eine echte Alternative zur ausgrenzenden Volksgemeinschaft der Rechten sowie zum ungerechten Status Quo der etablierten Parteien bieten kann.

Und wir?

Als Grüne Jugend haben wir bereits mit der kein-Bock-auf-Krise-Kampagne begonnen, statt leere Versprechen zu propagieren, echte Gespräche zu führen und herauszufinden, was junge Menschen wirklich bewegt. Darauf wollen wir aufbauen und über verschiedenste Projekte und Kampagnen Ansätze solidarischer Zusammenschlüsse für junge Menschen vor Ort ermöglichen.

Die Zeit vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wollen wir nutzen, um mit jungen Menschen über ihren Alltag und darüber, wie sie gerade auf Politik blicken, ins Gespräch zu kommen und sie dazu zu bewegen, sich politisch zu engagieren.

Nach Abschluss der Evaluationen unserer Kampagne zur Europawahl sowie der Landtagswahl-Kampagnen , wollen wir beim Bundeskongress dann einen Blick ins nächste Jahr werfen und die Eckpfeiler für die Bundstagswahl-Kampagne aufstellen sowie das Kampagnenteam, das diese entwerfen soll, wählen.

Uns ist bei all dem bewusst: Unsere langfristige Strategie erfordert viel Durchhaltevermögen und ist eine echte Herausforderung. Gleichzeitig ist sie unsere einzige realistische Option, um dem Rechtsruck auf lange Sicht beizukommen. Schließen wir uns also zusammen, krempeln die Ärmel hoch und fangen an!